

Erläuterungen

Sitzung: öffentlich

Vorlage: 0023/2022

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gem. § 5 GeschO betr. "Gendergerechte Sprache"

Beratungsfolge:	
22.03.2022	Kreisausschuss
05.04.2022	Kreistag

Es wird auf den als Anlage der Einladung zur Sitzung des Kreisausschusses beigefügten Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betr. „Gendergerechte Sprache“ vom 14.02.2022 verwiesen.

In der Sitzung des Kreisausschusses erläutert die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ihren Antrag, mit dem sie eine einheitliche Gender-Schreibweise für die Kommunikation der Verwaltungsbediensteten und der Kreispolitik nach außen anstrebe. Bei vielen Kommunen und Universitäten seien gendergerechte Vorgaben der Sprache bereits etabliert.

Die CDU-Fraktion erklärt, dass die Verwendung gendergerechter Sprache nicht allein ein orthografisches, sondern ein gesellschaftliches Problem sei. Der Rat für deutsche Rechtschreibung habe die Aufnahme von Asterisk („Gender-Stern“), Unterstrich („Gender-Gap“), Doppelpunkt oder anderen verkürzten Formen zur Kennzeichnung mehrgeschlechtlicher Bezeichnungen im Wortinnern in das Amtliche Regelwerk der deutschen Rechtschreibung in seiner Sitzung im Jahr 2021 nicht empfohlen. Besondere Gender-Zeichen seien demnach nicht konform mit der deutschen Rechtschreibung und könnten gar die Rechtssicherheit von Schreiben beeinflussen.

Man müsse ferner das biologische und das grammatische Geschlecht getrennt betrachten und dies stets mitberücksichtigen.

Die SPD-Fraktion äußert, dass die Kreispolitik nicht bestimmen sollte, wie die Sprache eines jeden Einzelnen auszusehen habe, sondern dies jeder Person selbst überlassen sei. Darüber hinaus wäre es nicht sinnvoll, wenn jede Kommune eigene Richtlinien mit unterschiedlichen Gender-Formen verwenden würde.

Landrat Pusch ergänzt, dass man den Bediensteten keine Vorschrift zur Sprache machen wolle und sich diese gesellschaftlich entwickeln müsse. Für viele Personen aus der Bevölkerung habe das Thema Gendern mittels der bereits genannten Sonderzeichen keine Relevanz. Gleichwohl versuche die Verwaltung, zunehmend neutrale Begriffe, wie z. B. Mitarbeitende, zu verwenden, um alle Geschlechter anzusprechen.

Für die gute Debatte bedankt sich die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die ihren Antrag aufrechterhält, da sie ein Gender-Konzept als richtigen und nicht zu großen Schritt sehe, um das Thema gendergerechte Sprache in der Gesellschaft weiter auf den Weg zu bringen.

Sodann lässt Landrat Pusch über den Beschlussvorschlag abstimmen.

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung erarbeitet gemeinsam mit dem Personalrat und der Gleichstellungsbeauftragten ein Konzept zur Umsetzung der gendergerechten Sprache in allen Bereichen von Politik und Verwaltung.